

Mieterverein zu Hamburg

Landesverband im Deutschen Mieterbund (DMB)

PRESSEMITTEILUNG

29. Juli 2026

Mieterverein ruft zum Protest gegen Wohngeldkürzungen auf

Hamburger Mieter:innen sollen Bundestagsabgeordnete in die Pflicht nehmen

Der Mieterverein zu Hamburg ruft seine Mitglieder und alle Mieter:innen in der Hansestadt dazu auf, sich jetzt direkt an die Hamburger Bundestagsabgeordneten zu wenden und sie aufzufordern, die geplante Wohngeldreform im Bundestag zu stoppen. Dafür stellt der Mieterverein einen Musterbrief zur Verfügung, mit dem sich Betroffene schnell und unkompliziert an ihre Abgeordneten wenden können.

Die Bundesregierung plant massive Einschnitte beim Wohngeld. Neben der Aussetzung der Wohngeldanpassung, der Halbierung der Heizkostenkomponente und einer Verschlechterung der Berechnungsgrundlagen soll Hamburg auch noch von der Mietenstufe VI auf die Mietenstufe V herabgestuft werden. Damit würden ausgerechnet in einer der teuersten Städte Deutschlands die beim Wohngeld anerkannten Miethöchstbeträge gesenkt – obwohl die Mieten in Hamburg unvermindert auf Rekordniveau liegen.

Der Mieterverein warnt: Die geplante Reform ist ein Frontalangriff auf Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Sie würde dazu führen, dass viele Haushalte weniger Wohngeld erhalten oder ihren Anspruch ganz verlieren. Gleichzeitig steigt das Risiko von Mietrückständen, Wohnungsverlust und Wohnungslosigkeit.

„Die geplante Wohngeldreform trifft ausgerechnet diejenigen, die schon heute einen überdurchschnittlich hohen Anteil ihres Einkommens für die Miete aufbringen müssen. Deshalb appellieren wir an alle Hamburger Mieterinnen und Mieter: Machen Sie Ihre Stimme hörbar und fordern Sie Ihre Bundestagsabgeordneten auf, diese sozialpolitisch falsche Reform zu stoppen. Wer die Wohnkostenbelastung ernst nimmt, darf beim Wohngeld nicht den Rotstift ansetzen“, erklärt Dr. Rolf Bosse, Vorsitzender des Mietervereins zu Hamburg.

Nach Einschätzung des Deutschen Mieterbundes könnten bundesweit rund 500.000 Haushalte ihren Wohngeldanspruch verlieren, in Hamburg etwa 9.000 Haushalte. Viele Betroffene würden stattdessen auf Grundsicherung angewiesen sein. Die vermeintlichen Einsparungen des Bundes drohen damit zu einer erheblichen Mehrbelastung für Länder und Kommunen zu werden. Besonders Hamburg wäre durch die geplante Herabstufung der Mietenstufe überproportional betroffen.

Der Mieterverein fordert die Hamburger Bundestagsabgeordneten auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und die Reform abzulehnen. Wer bezahlbares Wohnen sichern und Wohnungslosigkeit verhindern will, muss diese Kürzungen verhindern, statt sie mitzutragen.

Der Musterbrief des Mietervereins steht ab sofort allen Mitgliedern sowie allen Hamburger Mieter:innen zur Verfügung. Jede Stimme zählt – denn noch ist Zeit, die geplante Wohngeldreform zu stoppen.

Pressekontakt

Pressetelefon (ausschließlich für Medienanfragen): **040 87979-333**

Ansprechpartner: **Dr. Rolf Bosse**, 0162 1325110

Pressefotos: mieterverein-hamburg.de/pressekontakt/

Mieterverein zu Hamburg von 1890 r.V., Landesverband im Deutschen Mieterbund e.V.

Mit 80.000 Mitgliedshaushalten Hamburgs größte Mieterorganisation

Beim Strohhaus 20, 20097 Hamburg (bei U/S-Bahn Berliner Tor), Tel. 040 87979-0,

mieterverein-hamburg.de